

# Haushaltsrede zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts 2026

Rede des Fraktionsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier

Montag, 01.12.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat von Deggendorf, sehr geehrte Damen und Herren von der Verwaltung,

## 1 Grundsätzliches zur Stadtpolitik

die Haushaltsdebatte ist ein demokratischer Höhepunkt. Wie immer nutze ich das und werde die Punkte, die mir gut gefallen haben, ansprechen, aber intensiv auch die Punkte, die mir weniger gefallen haben. Bislang sind viele Anmerkungen von mir in meinen Haushaltsreden der letzten Jahre noch nicht auf so besonders fruchtbaren Boden gefallen. Aber es gibt das Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Und das ist um so wichtiger, denn am 8. März nächsten Jahres wählen die Deggendorfer Bürgerinnen und Bürger einen neuen Stadtrat. Und dass die Wählerinnen und Wähler der Mehrheitspartei wieder die absolute Mehrheit geben und die sich dann auch noch – wie geschehen – auf Kosten anderer in der Stadtratsfraktion vergrößert, das wollen wir für die nächste Stadtratperiode 2026-2032 nicht hoffen. Wenn das so kommt, dann werden die konstruktiven strukturellen und inhaltlichen Vorschläge von anderer Seite mit Sicherheit doch noch auf fruchtbaren Boden fallen können. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

### 1.1 Positives aus dem letzten Jahr

Natürlich gibt es inhaltlich wieder eine ganze Reihe von Erfreulichem zu berichten, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben.

### **1.1.1 Einzelne Maßnahmen im ersten Halbjahr**

Einige wichtige gemeinsame Beschlüsse aus dem ersten Halbjahr seien genannt: THW-Grundstück, Namensrecht der Eishalle an den Deggendorfer SC, Fortsetzung Fassadenprogramm, Stiller Wald, Radweg zwischen Plattling und Rettenbach, eine neue Telefonanlage für die Verwaltung, Anmietung Blockheizkraftwert für die Kläranlage, Zufahrtssperren für Sicherheit beim Donaufest und bei anderen Veranstaltungen, Weiterentwicklung des städtebaulichen Rahmenplans Klosterviertel für die Schulsanierungen dort. Das alles haben wir gemeinsam beschlossen und auf den Weg gebracht.

### **1.1.2 Einwohnerverlust durch den Zensus**

Auf eine zunächst vom Oberbürgermeister angedachte Klage gegen das Statistische Landesamt wegen unseres rechnerischen Einwohnerverlustes haben wir verzichtet. Die Methodik hatte ich mir auf Bitten des OBs angesehen und man konnte sie i.w. nachvollziehen und die Gerichtschancen wären gegen 0 gegangen. Geringere Einwohnerzahlen merken wir an den Zuteilungen bei der Einkommensteuer und darum war das wichtig. Es wurde dabei plausibel, dass die Korrektur um etwa 4000 Einwohner sich vermutlich zum großen Teil aus wieder wegziehenden ausländischen Studierenden, die sich nicht abmelden, verursacht wurden. Wir prämiieren die Studierenden, die sich mit Hauptwohnsitz anmelden und über 10 Jahre bis zum nächsten Zensus bauen wir dadurch eine jeweils überhöhte Einwohnerzahl auf. Wir profitieren also 10 Jahre lang, bis das wieder auf 0 gestellt wird. Absurd ist natürlich, dass aus angeblichen Datenschutzgründen das Landesamt uns nicht die festgestellten Nicht-Einwohner mitteilen darf und das Bürgeramt dann weiterhin mit diesen Falschbeständen arbeiten muss.

### **1.1.3 Stadtpark**

Im Mai wurde dann auch feierlich die Neugestaltung des Stadtparks eingeweiht. Diese Aufwertung ist ein gelungenes Beispiel für gute Stadtbildpflege. Ich darf nochmals an die Hartnäckigkeit unserer leider verstorbenen Fraktionskollegin Dr. Ute von Eichhorn erinnern, dass auf ihre Initiative hin unsere Fraktion erfolgreich darauf hinwirken konnte, dass es dort nun ein Theatron mit kultureller Angebotsmöglichkeiten für alle gibt und sich inzwischen ein Verein gegründet hat, der im Sommer ein breites Programm anbietet. Ich würde mir wünschen, dass die Verwaltung dort eine kleine Tafel anbringt, die Informationen zur Nutzung gibt und die als Erinnerung auf unsere verstorbene Kollegin hinweist.

## 1.2 Weitere Maßnahmen

Der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Gewerbegebiet Seebach ist erfolgt. Hier erhoffen wir uns eine gute Gewerbeansiedlung auf dem Gebiet der ehemaligen TWD. Im Herbst wurde der Spatenstich für die neue Turnhalle der Grundschule Mietraching durchgeführt.

### 1.2.1 Sanierung Theodor-Eckert-Schule

Ebenso gab es den Maßnahmenbeschluss für die Sanierung der Theodor-Eckert-Schule und der Errichtung einer Dreifachturnhalle. Hier konnte ich über einen direkten Kontakt mit der Kultursministerin Anna Stolz vom Ministerium die Information bekommen und an die Verwaltung weitergeben, dass wir voraussichtlich das Startchancenprogramm in das die St. Martin-Schulen und die Schule Angermühle aufgenommen wurden, mit einem Gesamtzuschuss von 1,86 Millionen Euro auch gebündelt und unschädlich zu anderen Förderungen für die Sanierung der Mittelschulen im Klosterviertel einsetzen können.

### 1.2.2 Nachnutzung Elisabethenheim

Bei der Nachnutzung des Elisabethenheims haben wir gemeinsam die Weichen für die Zukunft gestellt. In einem Teil wird ein neuer Kindergarten entstehen. Im größten Teil mietet sich der Freistaat ein, im Herbst wurde der im Stadtrat beschlossene und vorher von Herrn Sterr mustergültig ausgehandelte Vertrag mit dem Freistaat Bayern unterzeichnet, dass der neue Medizincampus im Gebäude des ehemaligen Elisabethenheims mit einer Mietdauer von 15 Jahren untergebracht werden soll. Das Gebäude bringen wir in die neue Bürgerstiftung ein, müssen aber die notwendigen Sanierungen vorerst noch über den städtischen Haushalt abwickeln. Es findet also eine Investitionssumme von 1,2 Millionen Euro in der Gliederungsnummer 4331 „Soziale Einrichtungen für Behinderte“.<sup>1</sup> Also, eine soziale Einrichtung für Behinderte ist das dann nicht mehr, wird daher wohl demnächst im Haushalt umgegliedert werden müssen!

### 1.2.3 Oberer Stadtplatz

Endlich soll nun der Obere Stadtplatzes anlässlich der Sanierung der Decke der Tiefgarage neu gestaltet werden. Dafür sind 2,15 Millionen Euro vorgesehen<sup>2</sup>, wobei die Hochsicherheitspolder mit 1 Million Euro den größten Batzen ausmachen. Das ist leider so, dass in diesen Zeit uns die Sicherheit soviel wert sein muß. Von den phanta-

<sup>1</sup>1.4331.9400 VMH.Soziale Einrichtungen für Behinderte -1- ELISABETHENHEIM.Hochbaumaßnahmen

<sup>2</sup>1.6151

sievollen Plänen, die uns Baudirektor Strasser 2022 vorgestellt hat, ist nicht mehr viel übrig geblieben, aber wenigstens soll der Brunnen nach dem Vermächtnis von Andreas Sobeck gestaltet werden. Auch wurde uns das 2021 als sehr dringend wegen der Decke der Tiefgarage angekündigt. Dann hatten sich die Geschäftsleute beschwert und auf die Frage, warum das nun 3 Jahre in der Bauverwaltung liegen geblieben ist, habe ich in der Oktobersitzung keine Antwort bekommen. Jedenfalls war es wohl nicht so dringend wie 2021 angekündigt.

Auf jeden Fall soll das ganze Pflaster bearbeitet werden. Und mir gefallen die pilzartigen Sonnenschirme auch gut, vielleicht nicht in weißer Farbe. Es ist wichtig, dass die Baumaßnahme so geplant und abgestimmt wird, dass das die Geschäfte und Lokale am Oberen Stadtplatz so wenig beeinträchtigt werden wie nur immer möglich.

#### **1.2.4 Ärgernis Sperrung Oberer Stadtplatz**

Bei diesen Optimierungen müssen aber – das darf nicht vergessen werden – in gleicher Weise die Fahrten unserer Stadtbusse im ÖPNV über den Oberen Stadtplatz, die ja vor allem für die ältere Bevölkerung von großer Bedeutung sind, entsprechend berücksichtigt werden. Ein Ärgernis ist in diesem Zusammenhang, dass man rücksichtslos für den Auf- und Abbau und den vierwöchigen Christkindlmarkt sich die Zeit von 3.11.2025 - 18.01.2026 gönnt. Das sind volle 11 Wochen. In dieser Zeit wird der Obere Stadtplatz für den ÖPNV gesperrt, das betrifft dann auch noch die Haltestellen am Luitpoldplatz und die Ersatzhaltestellen sind am Stadthotel Kolpingshaus im stauanfälligen östlichen Stadtgraben, an der Angermühle und im westlichen Stadtgraben, eine Zumutung für die ÖPNV-Nutzer! So darf das nächste Jahr nicht mehr geplant werden!

### **1.3 Problematisches aus dem letzten Jahr**

Damit bin ich auch schon beim Thema „Problematisches aus dem letzten Jahr“ angelangt.

#### **1.3.1 Donaubrücke?**

Da hat die Mehrheit in diesem Haus Planungsaufträge für eine neue Donaubrücke, die sich hinter dem harmlos klingenden Namen „Ortsumgehung Fischerdorf“ verbirgt, vergeben: insgesamt ca. 876.000 Euro für Planungsausgaben. Da haben wir heuer schon vermutlich einen Haufen Geld in den Sand gesetzt. Denn es muss intensiv darauf hingewirkt werden, dass nicht am Ende 80 und mehr Millionen Steuergeld für eine sinnlose Brücke direkt neben einer voll funktionsfähigen Autobahnbrücke ausgegeben werden.

Durch intensives Aufzeigen von mir der Defizite des Vortrags des Vertreters der Autobahn GmbH im Zusammenwirken mit einem neuen Lösungsvorschlag zu einer Rampe von Georg Kestel und den Aktivitäten von engagierten Bürgerinnen und Bürgern mit Bundestagsanfragen ist hier Licht am Ende des Tunnel zu sehen. Ich hatte dem Oberbürgermeister die Antwort des Verkehrsministeriums in Berlin auf die Anfrage der Linken-Fraktion zu diesem Thema übermittelt. Darin hieß es, dass für eine solche Auffahrtsrampe in Fischerdorf als Halbanchlussstelle die Stadt einen Antrag beim Ministerium stellen müsse. Dieser Empfehlung von mir ist der Oberbürgermeister gefolgt und hat am Donnerstag im Verwaltungsausschuss mitgeteilt, dass das in der zweiten Dezembersitzung auf die Tagesordnung zur Beschlussfassung kommen wird.

Im Haushalt ist eine weitere Million für Planungsleistungen für diese Donaubrücke vorgesehen.<sup>3</sup> Ich bitte im Protokoll festzuhalten, dass ich diesem Haushaltsplan zustimmen werde, das aber wegen dieses Postens nur deswegen kann, weil ich davon ausgehe, dass wir und insbesondere der CSU-Oberbürgermeister mit seinen regierenden Parteifreunden in Berlin alles tun werden, damit wir diese Auffahrt genehmigt bekommen und wir dann diese eingestellten Gelder für die Planung der Auffahrt statt für eine weiterer Brücke verwenden können – und sicher auch nicht alles, sondern nur einen Teil davon.

### **1.3.2 GALLINGER-MAX-STIFTUNG**

Ende Mai hat die Mehrheit einer Annahme einer Geldspende der GALLINGER-MAX-STIFTUNG zur Mitfinanzierung der Maßnahme „Errichtung einer Fuß- und Radwegbrücke über den Kollbach“ zugestimmt. Da bleibt ein Beigeschmack, wenn man weiß wie die GALLINGER-MAX-STIFTUNG mit der Fa. Streicher verbandelt ist und dass genau die Ausführung dieser Baumaßnahme an die Fa. Streicher vergeben worden war. Die Verwaltung hat dann noch den Vogel abgeschossen und eine entsprechende Hinweistafel angebracht noch bevor den Stadtrat die Annahme dieser Spende überhaupt genehmigt hatte. Ein Angelegenheit, die sich so nicht wiederholen darf!

### **1.3.3 Kostensteigerung Grundschule Mietraching**

Zwei Jahre nach Einweihung der sanierten Grundschule Mietraching hat die Verwaltung Kostensteigerung in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Genehmigung vorgelegt. Die Verwaltung hatte da wohl die Schlussrechnungen der Schulsanierung locker auf die schon bereitgestellten Gelder für dem Neubau der Turnhalle gebucht, deren Ausführungsbeginn sich verzögerte. Das soll so nicht mehr vorkommen, so dankenswert die Antwort des Oberbürgermeisters, der selbst darüber nicht glücklich war.

---

<sup>3</sup>1.6158.9507

### **1.3.4 Wohnungsbedarf**

Der Wohnungsbedarf in Deggendorf ist ein interessantes und wichtiges Thema, weil es da so unterschiedliche Ansichten gibt wie sonst kaum. Der Mietwohnungsbedarf von bezahlbarem Wohnraum ist nachwievor groß, wenn man sich die Wartelisten bei der Stadtbau anschaut. Mit dem qualifizierten Mietspiegel haben wir ja 2024 ein Instrument geschaffen, das für den freien Wohnungsmarkt eine gute Richtschnur für Mieter und Vermieter bietet. 2026 ist dieser Mietspiegel wieder fortzuschreiben.

Wieweit wir noch weiter flächenversiegelnde Neubauten von Einzel- und Doppelhäuser brauchen, darüber kann man trefflich streiten. Die Bauverwaltung sollte mal im nächsten Jahre die Konsequenzen unseres Projektes am Kohlberg berichten. Diese Ideen der Übergabe von Häusern an die nächste Generation sollte doch eigentlich eine Alternative darstellen.

Frau Dr. Schroll-Machl führt seit Jahren sehr seriös eine Liste zum Mietwohnungsbedarf. Ich schlage vor, dass wir sie im nächsten Jahr einmal einladen, das hier vorzustellen, gleichzeitig soll die Verwaltung dann über ihre abweichenden Einschätzungen berichten, so dass sich der Stadtrat umfassend informieren kann.

### **1.3.5 Verbesserung an der Bahnanbindung Deggendorfs**

Einen peinliche Austritt hat sich die Mehrheitspartei im Juli geleistet. Verlagerung von Individualverkehr auf öffentlichen Personennahverkehr und auf Bahnverbindungen ist ein wesentlicher Beitrag des Sektors Verkehr zur Klimaneutralität. Das Deutschlandticket ist weiter gesichert, auch wenn das schwierig und umstritten war. Aber für uns im sogenannten flachen Land ist das wenig attraktiv, weil wir es uns leisten, weiter auf einen Halbstundentakt beim städtischen Busverkehr zu verzichten, weil wir es versäumen eine Linie von Mainkofen nach Niederkandelbach einzurichten, auch keine Stadtbuslinien bis nach Metten oder Bernried sind in Aussicht. Weil wir es uns leisten keine Taktverbindungen im Landkreis zu haben und weil wir zwar im Gegensatz zu Plattling einen Hauptbahnhof haben, aber auf dem fast alle Züge außer der Waldbahn vorbeifahren. Und die fährt dann auch noch bürgerunfreundlich nicht bequem auf Gleis 1 sondern auf Gleis 2 ab. Da sollte man auch mal nachhaken, warum und ob das wirklich so sein muss.

Erfreulicherweise hat das Stadtplanungsamt hier Briefe an die Eisenbahngesellschaft Bayern und der Konzernbeauftragten der Bahn für Bayern entworfen, die der Oberbürgermeister dann verschickt hat. Ein Antrag der FREIEN WÄHLER-Fraktion im Sommer zielte dann darauf ab, mit einer weitergehenden Resolution des ganzen Stadtrats diesem Thema noch mehr Gewicht zu geben und in der öffentlichen Diskussion zu halten, denn nur so kann erreicht werden, dass unsere Nebenstrecke auch elektrifiziert wird. Und das ist eine Voraussetzung für durchgehende Züge von Prag nach München, von einer Direktverbindung von Nürnberg über Regensburg nach Deggendorf und von einer Flügelung des Donau-Isar-Expresses in Plattling für ei-

ne direkte Verbindung von Deggendorf in die Landeshauptstadt und zum Flughafen. Batteriebetriebene Züge des Verkehrsministers Bernreiter sind auch nett, stehen aber eine solchen, wesentlich weiterführenden Lösung im Weg.

Mit einem Geschäftsordnungsantrag den Tagesordnungspunkt abzusetzen, verweigerte die CSU-Fraktion nicht nur ihre eigene inhaltliche Positionierung, sondern auch die Diskussion darüber im Stadtrat und tat diese wichtige Initiative als „Schaufensterantrag“ ab. Das war ein Zeichen unschöner Machtpolitik, das hoffentlich die Wählerinnen und Wähler im März zu bewerten wissen!

## **2 Allgemein zum Haushaltsplanentwurf**

### **2.1 Nachfragen zur den Haushaltspositionen im allgemeinen**

In den letzten gut zwei Wochen haben wir Stadträte den über 1000 Seiten starken Haushaltsentwurf mit einem Volumen von 141 Millionen Euro und 5146 Haushaltspositionen durchgearbeitet. In der vorbereitenden Verwaltungsausschusssitzung am letzten Donnerstag gab es dazu keine Wortmeldung von AfD und Junger Liste. Es gab keine einzige Nachfrage von der CSU, die SPD hatte drei Nachfragen, die WAN hatte sieben Nachfragen, die Grünen hatten 20 Nachfragen und auch meine 35 Nachfragen wurden mustergültig von Herrn Sterr und Frau Reisinger beantwortet. Dafür mein herzlichen Dank an die Kämmerei und das ganze Team. Ebenso Dank an Herrn Sterr, der uns bereits drei Tage nach Verteilung des Haushaltsentwurfs intensiv die Eckpunkte des Haushalts in der Fraktion erläutert hatte. Jetzt mag ja sein, dass die CSU ihre vielen Nachfragen bei ihrem Termin mit Herrn Sterr über eine Woche später schon stellen konnte und Antwort bekam. Dann gilt aber das Gleiche für die CSU wie für die Grünen, die ihre Anfragen sich vor der Sitzung per E-Mail haben beantworten lassen: Das ist nicht der richtige Weg. Nicht umsonst schreibt die Gemeindeordnung im Artikel 47 Sitzungszwang Absatz 1 Folgende vor:

Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen.

Das bedeutet natürlich auch, dass man Nachfragen und Diskussionspunkte gemeinsam in einer Sitzung behandeln sollte, damit alle den gleichen Informationsstand bekommen. Außerdem gab es durchaus interessante Diskussionen und Informationen als ich meine Nachfragen am Donnerstag vortrug.

### **2.2 Dank und Wünsche an die Kämmerei**

Den schon ausgesprochenen Dank an die Kämmerei darf ich noch dahingehend erweitern, dass mir der Kämmerer Florian Sterr nun schon seit Jahren den Haushaltsentwurf als Tabelle für ein Tabellenkalkulationsprogramm zur Verfügung stellt, damit ich das mit meinen Programmen noch besser auswerten kann.

Traditionell kommen die Haushaltsentwürfe der inzwischen drei Stiftungen der Stadt bei dem engen Zeitrahmen regelmäßig zu kurz, aber da gibt es auch nicht so viel zu behandeln. Ich hatte schon letztes Jahr vorgeschlagen, die Stiftungen dann doch erst im Januar auf die Tagesordnung zu setzen, da ist ohnehin nicht so viel los. Die Erläuterungen zu den Haushaltspositionen werden auch immer besser, herzlichen Dank dafür an die Kämmerei.

Auch der Wunsch nach Hinweisen zu schon getätigten oder noch notwendigen Maßnahmenbeschlüssen scheint erfüllt zu sein. Wenigstens ist mir nichts mehr in dieser Hinsicht aufgefallen. Auch den folgenden Wunsch hatte ich letztes Jahr schon angebracht: Für weniger Nachfragen würde auch eine Maßnahme beitragen, dass die Gruppierungspositionen, die in der Verantwortung der Stadt stehen, also die Endziffern 1-9 mit sprechenden Namen versehen werden. Ein Beispiel dafür sind die Gruppierungspositionen „Innere Verrechnungen“ in der Untergruppierung 679.

## **2.3 Zum Haushaltsvolumen**

In seinen Präsentationen hat Kämmerer Sterr darauf hingewiesen, wie sehr seit 2013 das Volumen des städtischen Haushalts von damals 83,0 Millionen Euro auf nun 141,1 Millionen Euro gewachsen ist. Ich habe das mal inflationsbereinigt. Wir haben eine Gesamtinflation von 2013 bis 2026 in Höhe von 33,66 %. Das bedeutet, dass durch Inflation allein die 83,0 Mill. Euro auf 110,9 Millionen Euro angewachsen sind. Jetzt würde mich natürlich interessieren, was genau die Ursachen für die Differenz von  $(141,1 - 110,9 = )$  30,2 Millionen Euro sind. Das rauszufinden wäre eine mühsame, aber vielleicht lohnenswerte Aufgabe.

Wir bekommen ein starkes Jahr 2025. Die Prognosen für die Einnahmen gerade bei der Gewerbesteuer sind hervorragend und vielleicht 10 Millionen über Plan. Etwas mehr wird es auch bei der Einkommensteuer, der Grunderwerbsteuer und der Grundsteuer sein. An dieser Stelle ist wirklich allen Unternehmen und allen Bürgerinnen und Bürgern zu danken, die durch ihr berufliches Engagement diese Steuereinnahmen ermöglichen!

Im Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs blieb man aber bei den entsprechenden Ansätzen für 2026 dennoch konservativ. Wegen der Schulprojekte im Klosterviertel mit ihren hohen zweistelligen Millioneninvestitionen ist allerdings vorgesehen, die Rücklagen fast vollständig auszuschöpfen, damit die Schuldenaufnahme nicht noch größer wird als sie ohnehin notwendig sein wird. Dazu gleich noch mehr. Mit der Feststellung des sehr guten Haushaltsergebnisses 2025 werden dann erfreulicherweise die Rücklagen letztlich deutlich höher verbleiben als im Entwurf geplant. Der Pferdefuß unserer guten Haushaltsstruktur: 2027 werden wir die Kehrseite dann mit weniger Schlüsselzuweisungen und höherer Kreisumlage erleben.

## 2.4 Neue Schulden

Und wieder wird es 2026 nichts mit neuen Schulden – obgleich uns der Kämmerer diese seit Jahren verspricht! Ich nehme mir seit Jahren vor gegen den Haushalt zu stimmen, wenn neue Schulden aufgenommen werden, um damit zu protestieren, dass der Oberbürgermeister bislang versäumt hat, dafür zu sorgen, dass die Millio-nengewinne der Sparkasse an die Trägerkommunen ausgegossen werden. Und uns gehört die Sparkasse zu 35 %.

## 2.5 Gewinnausschüttungen der Sparkasse

Im Absatz 3 des Artikels 62 der Bayerischen Gemeindeordnung heißt es „Die Gemeinde darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre.“

Denn der Beschluss von Gewinnausschüttungen nachdem die Eigenkapitalquote dort seit Jahren jeweils weit höher als notwendig sich darstellt, erlaubt dies. Die Verschuldensprognosen, die nun für 2027 und 2028 vorliegen, würden gänzlich anders aussehen, wenn man in der Vergangenheit meine Aufforderungen ernsthaft in Betracht gezogen und umgesetzt hätten! Nur wenn man das Thema Sparkasse ausblendet, sind neue Schulden 2027 und 2028 in der geplanten Höhe gerechtfertigt. Das werden wir aber nicht alle ausblenden. Es tut sich übrigens da etwas, denn die Kommunen sind landauf, landab klamm, bei uns ist es erfreulicherweise noch nicht so dringend. So hat der Verwaltungsrat der Sparkasse Allgäu eine Ausschüttung von 7,23 Millionen Euro an die Träger beschlossen — bei uns wäre das bei Einhaltung der gesetzlichen Sicherungsvorgaben 6,5745 Mio.€ davon 35 % — dann wären das 2,3011 Mio.€ Millionen Euro allein für Deggendorf auf Grund der Bilanz von 2024. Hätte man das konsequent die letzten 10 Jahre gemacht, dann bräuchten wir kaum eine Neuverschuldung.

## 2.6 Einzelne Anmerkungen

Noch ein paar wenige Anmerkungen zu einzelnen Haushaltspositionen:

### 2.6.1 Grunderwerb

Zum Grunderwerb: Da hatten wir 2023 ein Rechnungsergebnis von 1,620 Mill. Euro. Der Ansatz dazu ist seit heuer auf etwa eine Million gesenkt und wird auch 2026 so bleiben. Wir sind also nicht mehr so flexibel Grundstücke bei Bedarf zu kaufen. Erfreulich aber, dass das in den danachfolgenden Jahren wieder auf 1,54 Mill. Euro aufgebaut werden soll.

### **2.6.2 Bundesmittel**

Aus dem 100 Milliarden Infrastrukturpaket des Bundes werden wir 1,02 Millionen Euro ohne Zweckbindung bekommen.<sup>4</sup> Das soll mit 270.500 Euro in die Kinderspielplätze der gesteckt werden<sup>5</sup>, was wir begrüßen. Nicht so klar ist, wo der Rest dann genau hinkommt. In der Antwort des Kämmers auf diese Frage zählt er weitere Beispiel wie das zweite Feuerwehrauto auf. Das ist jetzt wieder so ein Punkt wo ich mir vorab im Stadtrat Debatten und Entscheidungen wünschte: Die Verwaltung macht einige Vorschläge dazu und wir entscheiden dann, was zu machen ist. Zur Verbesserung der Infrastruktur würde ich beispielsweise auch einen Halbstundentakt beim ÖPNV zählen.

### **2.6.3 Holzboden Fußgängerbrücke**

Nächstes Jahr sollen auch wieder Holzbohlen der Geh- und Radwegbrücke für 35.000 € erneuert werden. Nach Auskunft von Herrn Sterr kann man damit lediglich 250 Stück der ca. 3500 Bohlen austauschen. Unsere Vorväter wussten es besser, denn die haben hölzerne Brücken immer überdacht. So schön wie Holz ist, ob das der Weisheit letzter Schluss ist, wenn wir hier alle 2 Jahre und ohne ein Ende im Sicht jeweils 35.000 Euro zur Erneuerung brauchen. Da wünsche ich mir, dass sich das Bauamt etwas ausdenkt.

### **2.6.4 Mähroboter**

Die Verwaltung will einen Mähroboter für den Rasen am Neuen Rathaus kaufen. In der Diskussion am Donnerstag hat sich die Idee entwickelt, statt dessen die Grünfläche um das Rathaus mit einer klimaresistenten Bepflanzung zu versehen. Das sollte man ernsthaft als Beispiel auch für die Bürgerinnen und Bürger in Betracht ziehen.

### **2.6.5 Heizungskosten**

Erfreulich ist, dass der Ansatz für die Heizungskosten aller städtischen Immobilien um 200.000 Euro auf jetzt 490.000 Euro gesenkt werden konnte. In Prozenten ist allerdings ein Spektrum von 69 % bei der Grundschule Rettenbach bis 93 % hier im Neuen Rathaus festzustellen. Da läge es nahe, diese Prozente der insgesamt 19 Haushaltspositionen mit der konkreten Heizanlage in Bezug zu setzen, um gegebenenfalls weiteren Optimierungsbedarf zu erkennen.

---

<sup>4</sup>1.9000.3610

<sup>5</sup>1.4608.9400

### **2.6.6 Tarifliche Beschäftigte**

Analoges Vorgehen kann ich mir bei den Personalausgaben vorstellen. Da ist ja erfreulich, dass diese weniger als erwartet steigen werden. Es gibt dazu insgesamt 65 Gliederungspositionen auf denen Personalkosten verbucht werden. Die stimmen genau mit der Aufteilung nach der Gliederung des Haushalts im Stellenplan überein. Bei den großen Bereichen scheint das alles im normalen Bereich zu sein, bei kleinen Positionen gibt es dann aber schon ein Veränderungsspektrum mit einem Rückgang auf 31,8 % bis hin zu einer Verdreifachung der Kosten mit 310,4 %.

## **2.7 Zustimmung zum Haushalt**

Das Zahlenwerk des Haushaltsentwurfs ist hervorragend. Die Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt wird mit 3,1 Millionen wieder sehr ordentlich ausfallen, das ist ja ein Kriterium für die Güte eines kameralistischen Haushalts. Diesem erfreulichen Haushaltsentwurf können wir daher heuer gerne zustimmen, da wir fast alle vorgesehenen Investitionen und abgebildeten Aktivitäten mitgetragen haben und mittragen werden – die überflüssige Donaubrücke nehme ich persönlich natürlich aus und dazu habe ich mich ja schon geäußert.

## **2.8 Zur Arbeit des Stadtrats**

Zur Arbeit der Kämmerei habe ich in den letzten Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, auch zur Arbeit der Verwaltung im allgemeinen. Diese sind auch immer wieder gerne aufgegriffen worden, wie zum Beispiel mein Vorschlag seinerzeit, die Haushaltsreden auf der Homepage der Stadt zu veröffentlichen. Dafür danke ich. Ich schließe mich allen meinen Vorredner hinsichtlich der Danksagung an: Ich danke allen im Stadtrat für die gute Zusammenheit, dem Oberbürgermeister und der ganzen Verwaltung.

Aber auch zur Arbeit des Stadtrats ganz allgemein habe ich die letzten Jahre immer wieder viele Vorschläge gemacht — beispielsweise ein Fragerecht auch im Plenum des Stadtrats oder aber zwei Lesungen zu einem grundsätzlichen Thema. Ich verzichte auch heuer wieder darauf, diese zu wiederholen, sondern füge sie lediglich dieser Haushaltsrede als Anhang bei, damit das nicht in Vergessenheit gerät. Ebenso die Liste der wichtigsten Forderungen aus vergangenen Haushaltsreden. Das ist ja besonders 2026 wichtig, wenn sich der neu gewählte Stadtrat konstituieren wird und die Geschäftsordnung auf den Prüfstand kommt.

Mit diesen weiter gültigen Wünschen zur Verbesserung unserer Stadtratsarbeit schließe ich und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **3 Anhang**

### **3.1 Bürgerbeteiligungen**

Nicht besonders erfreut hat mich 2024 die Reaktion der Mehrheitspartei auf den Bürgerantrag zum Radverkehr und zum ÖPNV. Ich hatte das schon im Stadtrat gesagt, dass man, so wie dieser Antrag im Stadtrat abgewürdigt wurde, dies nicht besonders geeignet ist, dass sich Bürger und Bürgerinnen mit konkreten Projekten in die Kommunalpolitik einbringen. Dass der CSU-Fraktionsvorsitzende diese Bürger mittlerweile als Autohasser tituliert, überrascht mich nicht, denn wenn man keine guten Argumente hat, dann wechselt man zum Angriff auf der persönlichen Ebene.

Dabei sei ihnen, so Linsmaier jedes Mittel recht. Man kennt das ja von radikalen Umweltaktivisten: sie kleben sich auf Straßen fest und besprühen Kunstwerke. Was sind nun die Mittel dieser Bürgerinitiative? Nein, sie nutzen nicht diese Mittel, sondern das legitime Mittel eines Bürgerantrags gemäß bayerischer Gemeindeordnung. Sie bringen damit ihr Anliegen dahin, wo es hingehört, in den Stadtrat. Sie machen dadurch von ihrem demokratischen Recht Gebrauch, ihr Anliegen öffentlichen zur Debatte zu stellen. Diskussionen in nicht-öffentlichen Fraktionssitzung genügen dafür nicht.

### **3.2 Beschlüsse zu Konzepten**

Im Stadtrat ist dann erneut klar geworden, dass die entscheidenden Gutachten und Konzepte, die wir für teures Geld von Fachberatern erarbeiten lassen, lediglich zur Kenntnis genommen werden. Das werde ich weiter kritisieren. Nach dem Motto „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.“ kann der OB und nun wie am Samstag in der Zeitung zu lesen war auch der CSU-Fraktionsvorsitzende dann jederzeit sagen, wir tun überall was. Aber letztlich verpflichtet man sich so intern zu nichts. Zu jedem beschlossenen Konzept braucht es ohnehin ein konkretes Umsetzungskonzept. Das war beim zur Kenntnis genommenen Fahrradkonzept dann viel zu vage, ein konkreterer Auftragsvorschlag von mir an die Verwaltung wurde abgelehnt. Die Verpflichtung aus einem Beschluss dieser Konzepte wäre – auch das habe ich zweimal deutlich gemacht – ohnehin nur soweit als der Stadtrat dann konkrete Umsetzungsvorschläge daraus beschließt oder eben nicht beschließt. Meinem Antrag aus der vorletzten Sitzung, einen Beschluss des Entwurf des Nahverkehrsplans nochmals auf die Tagesordnung zu setzen, ist ja noch nicht entsprochen worden, muss ja dann innerhalb von 3 Monaten nach Absatz 1 § 22 unserer Geschäftsordnung noch kommen. Mittlerweile hat ja sogar die SPD eingesehen, dass man so etwas beschließen muss. Das ist auch da nochmal etwas anders als beim Verkehrskonzept und beim Fahrradkonzept, denn ein beschlossener Nahverkehrsplan wäre nach dem bayerischen ÖPNV-Gesetz eine Voraussetzung für die Regierung von Niederbayern, dass wir beispielsweise dann auch die notwendige Konzession für einen Stadtbus von Mainkofen über Rettenbach, Natternberg und Fischerdorf bekämen. Ich darf die Kollegen und Kolleginnen der

CSU insbesondere an dieser Stelle noch an den Plan „ÖPNV-Strategie 2030 für den Freistaat Bayern“ des CSU-Verkehrsministers Bernreiter erinnern, bei dem bis 2030 angestrebt wird, die Zahl der ÖPNV-Nutzer zu verdoppeln. Da müssen wir mal hier in Deggendorf damit anfangen, sonst kann die CSU ihr Ziel bayernweit nicht erreichen.

### **3.3 Anträge bei der Bürgerversammlung**

Erstaunt hat uns der Oberbürgermeister 2024 auch mit seiner Aussage, dass er keine Bürgeranträge bei alljährlichen Bürgerversammlung abstimmen lassen will, denn er setzt sie dann auch ohne Beschluss der Bürgerversammlung auf die Tagesordnung des Stadtrats, was das einzige Ziel nach Gesetz eines solchen Antrags ist. Diese vermeintliche Strategie zur Vermeidung der Feststellung der abstimmungsberechtigten Deggendorfer Bürgerinnen und Bürger ist aber rechtlich sehr fragwürdig! Mit einem solchen Verhalten verwehren Sie, Herr Oberbürgermeister, den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit einen solchen Antrag mit der Mehrheit aus der Bürgerversammlung – und damit mit viel stärkerem Gewicht – zur Behandlung in den Stadtrat zu bringen. Der Verwaltung sei empfohlen in anderen Städten nachzufragen, wie man dort die Abstimmungsberechtigten bei der Bürgerversammlung feststellt und dann endlich auch in Deggendorf dafür zu sorgen, dass der Artikel 18 der Gemeindeordnung „Mitberatungsrecht“ umgesetzt werden kann.

### **3.4 Keine Anfragen im Plenum**

„Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen.“

So steht es in der Muster-Geschäftsordnung des Gemeindetags. Im Januar 2023 hat die Mehrheit aus CSU, JU, FDP, SPD und AfD die in vielen anderen Städten vorgesehene und landauf, landab übliche Möglichkeit im Plenum Fragen zu stellen, abgelehnt. Vor was hat man denn da in Deggendorf Angst? Auf keinen Fall soll anscheinend irgendetwas in einer Plenumsitzung außerhalb der Kontrolle des Oberbürgermeisters sein. Das muss man jetzt nicht unbedingt als Zeichen von Stärke und Souveränität deuten. Dem Klima im Stadtrat wäre es förderlich, wenn es da doch einmal ein Umdenken gäbe. Wie man dann später im Jahr gesehen hat, kann man auch problemlos die Geschäftsordnung ändern, wenn man das nur will.

### **3.5 Beiräte**

Ähnlich beklagenswert war die Ablehnung der geforderten institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat. Auch

das ist woanders völlig anders und hier kocht die Mehrheit wieder ihre spezielles Deggendorfer Süppchen – um nicht zu sagen eine undurchsichtige Knödelbrühe.

### **3.6 Vorberatungen**

Zum Thema Vorberatungen gibt es zwei Aspekte. Zum einen Vorberatungen in Ausschüssen mit den Beschlussvorschlägen eine Empfehlung an das beschließende Stadtratsgremium abzugeben. Der zweite Aspekt: Von mir oft gefordert, bisweilen Ernst genommen, interessanterweise gerne auch dann, wenn man selber noch keine Lösung weiß. Themen sollten viel öfter ergebnisoffen im Stadtratsplenum oder in einem Ausschuss beraten werden.

### **3.7 Selbstverständnis und zur Mehrheit gehören**

Ich wundere mich sehr wohl, immer wenn ich in die Stadtratssitzung gehe, über einen Großteil der Stadtratskolleginnen und -kollegen und ihrem Selbstverständnis, warum sie hier jeweils 2-3 Stunden absitzen und die meisten nichts, aber auch wirklich nichts zu den behandelten Punkten in der Sitzung beitragen und offensichtlich glauben, es reicht, wenn die Fraktionsvorsitzenden sprechen. Oft ist auch Folgendes zu beobachten, was Gerhalt Polt sehr treffend so formuliert hat

„Kein Mensch hier bei uns wird gezwungen, eine Minderheit zu sein. Ein jedweder hat das Recht, sich zur Mehrheit zu bekennen.“

### **3.8 Demokratie lebt von Rede und Gegenrede**

2022 habe ich den CSU-Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein zitiert, der in seinem leidenschaftlich Engagement für neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung in der Politik betonte:

„Demokratie lebt von Rede und Gegenrede.“

Beratungen nur in der Fraktion wie zum Haushalt durch die CSU-Fraktion, nicht aber im Verwaltungsausschuss entziehen sich der Gegenrede.

### **3.9 Kritikpunkte aus vergangenen Haushaltsreden**

- Bereits 2014 hatte ich moderne Bürgerbeteiligungsprozesse an Hand der Stadt Norderstedt angesprochen, bei der sogar im Rahmen dieses Prozesses Mittel vergeben werden können.

- Seit 2015 beklage ich, dass die AKDB keine Auswertungssoftware zum Haushaltsentwurf für die Stadträte zur Verfügung stellt. Auch den offensichtlichen Fraktionszwang bei der CSU hatte ich damals schon angesprochen. Meine damalige Erinnerung an den § 3<sup>6</sup> Satz 1 unserer Geschäftsordnung „Die Stadtratsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.“ Das ist nachwievor von Relevanz. In Bezug auf Transparenz habe ich beklagt, dass der Antrag der Grünen, die Sitzungsunterlagen vorab allgemein zur Verfügung zu stellen, abgelehnt worden war. Auch eine damals beantragte Informationsfreiheitssatzung gibt es für Deggendorf nicht.
- Im Jahre 2016 habe ich beklagt, dass sehr oft der Architekt des Bauträgers zu dessen Gunsten ein Bebauungsplan aufgestellt wird, auch von der Stadtverwaltung mit der hoheitlichen Planung beauftragt wird und dadurch Interessenskonflikte nicht zu vermeiden sind. OB Dr. Moser hat das dann zwischenzeitlich verstanden und akzeptiert, um es dann vor 2 Jahren leider wieder aufzugeben.
- Seit 2017 spreche ich die Tatsache an, dass seitens der Sparkasse keinerlei Anteil der Millionengewinne an die Trägerkommunen ausgeschüttet werden. Weiter forderte ich, dass grundlegende Zukunftsplanungen schon vom Ansatz her von Stadtrat behandelt werden und es nicht nur um das Abnicken fertiger Beschlussvorgaben gehen darf. Da gibt es nachwievor Luft nach oben.
- 2019 habe ich gefordert, dass man auch in der Stadtratssitzung mündliche Anfrage stellen kann, bis heute nicht umgesetzt! Dies ist Standard in anderen Gemeinden – nicht aber bei uns – und sieht auch die Mustergeschäftsordnung des Gemeindetags vor. Auch die Idee einer gemeinsamen Stadtratsklausur habe ich damals ins Spiel gebracht.
- Die mangelnde Sichtbarkeit des Stadtrats auf der Homepage habe ich 2020 angesprochen. Leider ist es immer noch so, dass auf der Eingangsseite zwar immer der Oberbürgermeister zu sehen ist, um zum Stadtrat zu kommen, sind aber mehrere Klicks notwendig. Das reflektiert in keiner Weise, dass die Stadt durch den Stadtrat gemäß Artikel 29 Gemeindeordnung verwaltet wird. Das man dazu übergegangen ist dort die Bürgerinnen und Bürger zu dutzen, halte ich für nicht angemessen. Ich stelle mir gerade vor, ich gehe ins Bürgeramt und dutze dort die Angestellten zurück.
- 2021 habe ich beklagt, dass in den meisten Sitzungen lediglich die Fraktionsvorsitzenden Redebeiträge einbringen. Die restlichen Stadtratsmitglieder beteiligen sich nur selten oder gar nicht. Auch das ist immer noch so.
- Schließlich habe ich 2022 die Situation kritisiert, dass die geforderte institutionellen Einrichtung mit entsprechenden Regeln und Satzung für die Beiräte durch den Stadtrat abgelehnt wurde.

---

<sup>6</sup>Damals § 4